

Der Vollzugsdienst

6/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Es geht auch um
die Zukunft des
öffentlichen Dienstes

Am 24. Januar 2023 startet die
Tarifrunde mit 10,5 % - Forderung

Seite 2

Vom 6. bis 9. November:
Bund/-Ländertreffen
der BSBD-Landesverbände

12 Landesverbände folgten der
Einladung nach Saarbrücken

Seite 18/39/63

Feierliches Richtfest in der
Justizvollzugsanstalt Zwickau
Marienthal

Sächsisches Investitions- und
Baumanagement hatte eingeladen

Seite 65

Foto: Romolo Tavano / stock.adobe.com

WIR WÜNSCHEN
EIN FROHES WEIHNACHTSFEST
UND ALLES GUTE FÜR 2023 ...

... und haben ganz fest im Blick:

10,5%
500 Euro
mindestens

Grafik: DBB Bund



BADEN-WÜRTTEMBERG

Frau **Justizsenatorin Kreck**,
auf der **Hessenseite 32**
rufen wir Sie in die Verant-
wortung für die Gefangen-
zeitung „**der Lichtblick**“!!!
Wir erwarten Ihre Antwort in
der nächsten Ausgabe des
Vollzugsdienstes !!!

HESSEN



SACHSEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Vorwort des BSBD-Bundesvorsitzenden
René Müller
- 2 Tarifrunde mit 10,5-Prozent-Forderung
Es geht auch um die Zukunft des
öffentlichen Dienstes
- 4 Kommentar von Sönke Patzer:
Der öffentliche Dienst wird
kaputtgespart!
- 4 BSBD-Tarifseminar:
Die Waffen der Tarifpartner:
„Flagge zeigen“
- 5 dbb bundesfrauenvertretung:
„Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
ist kein Kavaliersdelikt“

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 15 Bayern
- 18 Berlin
- 22 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 28 Hessen
- 35 Mecklenburg-Vorpommern
- 39 Niedersachsen
- 44 Nordrhein-Westfalen
- 58 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 64 Sachsen
- 69 Sachsen-Anhalt
- 73 Schleswig-Holstein
- 78 Thüringen
- 67 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 1: 15. Januar 2023



ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 1: 14. Februar 2023



Sachsen-Anhalt errichtet eine Abschiebungssicherungseinrichtung in Volkstedt

Sachsen-Anhalt will in Volkstedt (Kreis Mansfeld-Südharz) eine Abschiebungssicherungseinrichtung errichten. Das Kabinett billigte einen entsprechenden Standort-Vorschlag des Ministeriums der Finanzen sowie des Ministeriums für Inneres und Sport.

Die Abschiebungssicherungseinrichtung soll bis zu 30 Plätze haben und in unmittelbarer Nähe der Justizvollzugsanstalt Volkstedt errichtet werden. Der Standort verfügt über eine gute Verkehrsanbindung. Durch die räumliche Nähe zur Justizvollzugsanstalt ergeben sich Synergieeffekte mit Blick auf den Betrieb der Einrichtung.

Die Immobilien- und Projektgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IPS) setzt das Bauvorhaben um. Aktuell werden die Ausschreibungen vorbereitet. Auf einer Besprechung mit der damaligen Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 9. Februar 2017 wurde beschlossen, dass die Länder jeweils eine ausreichende Zahl von Abschiebungshaftplätzen bereitstellen. Seither dringt das Ministerium für Inneres und Sport darauf, dass Sachsen-Anhalt über eigene Kapazitäten verfügen muss, in denen vollziehbar Ausreisepflichtige, wie z. B. abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, vor ihrer Rückführung vorübergehend untergebracht werden können. Derzeit ist das Land auf Kooperationen mit anderen Ländern angewiesen.

Innenministerin **Dr. Tamara Zieschang**: „Sachsen-Anhalt fühlt sich nach wie vor an den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz gebunden. Das Vorhalten einer eigenen Abschiebungssicherungseinrichtung ist ein wichtiger Baustein, um Rückführungen zu erleichtern und effektiver umzusetzen. Eigene Abschiebesicherungskapazitäten erhöhen nicht nur die Planungssicherheit, auch der organisatorische und personelle Aufwand für den Transport in die Einrichtung wird deutlich minimiert, weil die Betroffenen nicht mehr in andere Bundesländer gebracht werden müs-

sen.“ Derzeit nutzt das Land bei Bedarf insbesondere Plätze in der niedersächsischen Abschiebungshafteinrichtung.

Diese Plätze stehen nur zur Verfügung, wenn sie von Niedersachsen nicht selbst gebraucht werden. Mangels landeseigener Abschiebungshaftplätze mussten in diesem Jahr bereits 14 und in den Jahren zuvor eine Vielzahl von Ausreisepflichtigen in Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamseinrichtungen anderer Bundesländer untergebracht werden. Die Ausländerbehörden haben zudem aufgrund des Mangels an Abschiebungshaftplätzen, der daraus folgenden Aussichtslosigkeit von Abschiebungshaftanträgen und der teilweise weiten Entfernung zu den Abschiebungshaftanstalten anderer Bundesländer oftmals von Abschiebungshaftanträgen abgesehen. In Folge scheitern Abschiebungen sehr oft an der Abgängigkeit der abzuschiebenden Person; in diesem Jahr betrifft dies bis zum Stand 12. Oktober 2022 allein 257 Abschiebungen.

Hintergrund:

Der Europäische Gerichtshof hatte im Jahr 2014 entschieden, dass die Abschiebungshaft in einer speziellen Hafteinrichtung getrennt von Strafgefangenen durchgeführt werden muss.

Länder, die über keine gesonderten Kapazitäten verfügen, müssen seither laut EuGH Entscheidung auf die Plätze anderer Bundesländer zurückgreifen. Sachsen-Anhalt hatte vor diesem Hintergrund vor einigen Jahren entschieden, separate Unterbringungskapazitäten zur Durchführung der Abschiebungshaft, der Mitwirkungshaft und des Ausreisegewahrsams zu schaffen. Erste Planungen, eine entsprechende Einrichtung mit bis zu 30 Plätzen in der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Dessau-Roßlau zu errichten, wurden mit Blick auf immense Kostensteigerungen wieder verworfen. Nach weiteren Sondierungen fiel die Entscheidung jetzt für den Standort Volkstedt.

PM der LSA – Nr. 476/2022 Magdeburg, 18.10.2022 ■

20 Jahre Jugendanstalt Raßnitz:

Ministerin Weidinger gratuliert und würdigt das Engagement der Justizbediensteten

Die Jugendanstalt Raßnitz (JA) im Saalekreis besteht seit 20 Jahren

Sachsen-Anhalts Justizministerin Franziska Weidinger sagte anlässlich des runden Geburtstags: „Die Jugendanstalt Raßnitz ist eine der modernsten Anstalten des Jugendvollzugs in Deutschland. Alle Frauen und Männer, die in der Jugendanstalt tagtäglich motiviert und gewissenhaft ihren Dienst verrichten, leisten einen enorm wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und die Sicherheit in unserem Land. Dafür gebührt den Beschäftigten am Standort großer Dank und Anerkennung!“

In der Jugendanstalt Raßnitz sind aktuell rund 185 Frauen und Männer beschäftigt, unter anderem etwa 120 im uniformierten Allgemeinen Justizvollzugsdienst (AVD), 15 im Psychologischen Dienst und im Sozialdienst, zwei im Kriminologischen Dienst des Justizvollzuges sowie vier Bedienstete in der IT-Leitstelle für den Justizvollzug und des Sozialen Dienstes.

Die Leiterin der Jugendanstalt Raßnitz, **Svenja Kirchhoff**: „In unserer Jugendanstalt konzentrieren wir uns auf erzieherische Behandlungsmaßnahmen, Sozialtherapie sowie schulische- und berufliche Bildung. Unser aller Ziel ist es, die Gefangenen zu resozialisieren und auf ein weiteres Leben ohne die Begehung von weiteren Straftaten vorzubereiten. Dabei verfolgen wir den

Ansatz, die individuellen Unterstützungsbedarfe zu identifizieren und die jeweiligen Ressourcen eines Gefangenen durch interdisziplinäres Herangehen zu aktivieren. Um eine gelungene Resozialisierung zu ermöglichen, wird in der Jugendanstalt Raßnitz auf ein umfangreiches Übergangsmanagement Wert gelegt. Alle Bemühungen im Justizvollzug können jedoch nur dann



Justizministerin
Franziska Weidinger.



in Einzelhafträumen untergebracht, zwischen 10 und 20 Gefangene leben jeweils in einer Wohngruppe in einem Gebäudeteil zusammen.

Die Jugendanstalt Raßnitz ist zuständig für die Untersuchungshaft an jungen männlichen Untersuchungsgefangenen, die Vollstreckung von Freiheits- und Jugendstrafe im Erst- und Regelvollzug an männlichen Verurteilten bis 27 Jahren und einer Vollzugsdauer bis zu zwei Jahren und sechs Monaten sowie die Vollstreckung von gerichtlich angeordneter Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erzwingungshaft an männlichen jungen Gefangenen.

Hintergrund:

In Sachsen-Anhalt gibt es drei Justizvollzugsanstalten (JVA) in Burg, Halle

(Saale) und Volkstedt, eine Jugendanstalt (JA) in Raßnitz im Saalekreis, eine Jugendarrestanstalt (JAA) in Halle (Saale) sowie eine Einrichtung zum Vollzug der Sicherungsverwahrung auf dem Gelände der JVA Burg.

In Sachsen-Anhalt gibt es – mit Stand 31.12.2021 – insgesamt 1.927 Haftplätze, davon 124 im offenen Vollzug und 15 im Jugendarrestvollzug.

Aktuell sind im Justizvollzug in Sachsen-Anhalt rund 1.050 Frauen und Männer beschäftigt.

Für den Justizvollzug in Sachsen-Anhalt wird fortwährend Nachwuchs gesucht und eingestellt.

Alle Infos auf: [justizkarriere.sachsen-anhalt.de](https://www.justizkarriere.sachsen-anhalt.de)

Pressemitteilung: 035/2022
Magdeburg vom 29.09.2022

Früchte tragen, wenn der Betroffene selbst für eine Veränderung seines Handelns bereit ist. Nur so können zielgerichtet protektive Faktoren geschaffen werden, um eine erneute Inhaftierung zu vermeiden.“

Die neue Jugendanstalt Raßnitz wurde am 2. Oktober 2002 nach rund 28 Monaten Bauzeit eröffnet. Die Anstalt, die aus mehreren neu gebauten Gebäudetrakten auf einem rund 16 Hektar großen Areal besteht, hat damals 78,8 Millionen Euro gekostet. Aktuell verfügt die Jugendanstalt über 382 Haftplätze, 20 davon entfallen auf den offenen Vollzug.

Die Anstalt verfügt über Hafthäuser, die einen modernen und pädagogischen Wohngruppenvollzug ermöglichen. Dabei sind die Gefangenen grundsätzlich



Landesvorsitzender Mario Pinkert wiedergewählt

Vertretertag 2022 des BSBD LV Sachsen-Anhalt hat stattgefunden

Am 12. November 2022 fand in der Bauhausstadt Dessau-Roßlau der IX. Landesvertretertag des Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD) Landesverband Sachsen-Anhalt an historischer Stätte, dem Kornhaus an der Elbe statt.

Als Landesvorsitzender wurde Herr **Mario Pinkert** aus der JVA Volkstedt wiedergewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Herr **Torsten Gröne**, Frau **Anett Matz** und Frau **Nadine Pallas** gewählt, sowie Herr **Alfred Altner** zum Schatzmeister.

Der neue Landesvorstand des **BSBD-Landesverband Sachsen-Anhalt** hat in dieser Zusammensetzung gute Voraussetzungen, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Herr **Torsten Gröne**, Ausbildungsleiter in der JA Raßnitz, wurde wieder mit der Leitung der Geschäftsstelle des **BSBD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt** beauftragt. Hinzu kommen Frau **Anett Matz**, Wirtschaftsverwaltung der JVA Burg, und Frau **Nadine Pallas**, Mitarbeiterin im Bekleidungs-servicecenter, sowie **Alfred Altner**, Wirtschaftsverwaltung der JVA Halle.

Ein großes Dankeschön gilt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Landesvorstandes für ihre in der Vergangenheit geleistete Arbeit.

Landesvorsitzender Mario Pinkert begrüßte Gäste und Delegierte

Der Landesvorsitzende **Mario Pinkert** begrüßte die geladenen Gäste und die Delegierten für den Vertretertag des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des



BSBD-Landesvorstand
Sachsen-Anhalt 2022.



Fotos (4):
BSBD Sachsen-Anhalt

Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschland.

Mario Pinkert berichtete kurz vom Ländertreffen. Ein Thema war unter vielem anderen die Gitterzulage. Der Appell an die Politik und das Ministerium – **Justiz bedeutet Sicherheit! Es geht um Wertschätzung.** Ein kleiner Schritt wäre schon einmal die Anpassung an die Polizeizulage und die Wiedereinführung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Ein weiteres wichtiges Thema ist IT. Der Vorsitzende erklärte den dringenden Handlungsbedarf an einem Beispiel. Auch das Eintrittsalter der Anwärter zur Ausbildung im AVD-Bereich kam zur Sprache. Dass die Ausbildungsstelle in Benneckenstein vom Netz gehen soll, kann nicht ganz nachvollzogen werden. Alles nach Thale zu verlegen kann nicht die Lösung sein, so der Landesvorsitzende.

Der Staatssekretär im Justizministerium Herr **Steffen Eckhold** und die Mitglieder des Rechtsausschusses Frau **Karin Tschernich-Weiske** (CDU), Herr **Guido Kosmehl** (FDP) und Herr **Sebastian Striegel** (Bündnis 90/Die Grünen) brachten ihre Wertschätzung für die Arbeit der Justizvollzugsbediensteten in Sachsen-Anhalt zum Ausdruck und betonten, wie wertvoll die Arbeit für die Sicherheit in der Gesellschaft ist.

Grußworte der geladenen Gäste

Herr Staatssekretär Eckhold:

Nach der Begrüßung richtete er Grüße der Ministerin aus. Der **BSBD** ist untrennbar mit der Justiz verbunden. 20



BSBD-Landesvorstand mit
Staatssekretär Steffen Eckhold.

Jahre sind Anlass genug, auch einmal zurückzublicken. Es wurden zahlreiche Impulse gesetzt, die die Entwicklung des Justizvollzuges unterstützt und gefördert haben. Danke dafür von mir und der Ministerin.

Vor uns liegen neue Herausforderungen. Am 01.01.2025 wollen wir die gesetzliche Verpflichtung der Einzelunterbringung von Gefangenen umsetzen. Dafür muss die Gesamtkapazität geschaffen werden. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet. Die Anstalt in der „Frohen Zukunft“ Halle und die Anstalt in Volkstedt sollen zukunftssicher gestaltet werden.

In beiden Anstalten sind dafür bauliche Maßnahmen notwendig. Volkstedt soll auch weiterhin dauerhaft in die Justizlandschaft einbezogen werden. Dafür hat auch der BSBD gesorgt.

Es soll perspektivisch eine Arbeitsgruppe Suizidprävention ins Leben gerufen werden. Wir sehen, dass die Arbeitsbelastung der Justizvollzugsbediensteten zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in den Anstalten enorm ist. Ein Dankeschön dafür. Auch die Erhöhung der Attraktivität

sert. Dafür wurde eigens eine Arbeitsgruppe im MJ gebildet. 2009 ging Burg ans Netz. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat es sich über die Zeit gut eingestellt.

In den Anstalten werden derzeit umfassende Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen, z. B. die Zaunanlage in der JVA „Roter Ochse“ in Halle und die Schließanlage in der JA Raßnitz.

Die schulische und berufliche Beschäftigung der Gefangenen stellt den LBBG immer wieder vor neue Schwierigkeiten. Auch dies haben wir im Blick. Für den Erhalt des Ausbildungsstandortes Benneckenstein spricht sich der Staatssekretär ebenfalls aus. Die Probleme, die die Ausbildung betreffen, werden auch gesehen. Abschließend bedankt sich der Staatssekretär für die gute Zusammenarbeit mit dem BSBD.

Herr Kosmehl – FDP:

Herr Kosmehl lobt die Hartnäckigkeit des Hinterfragens und Nachfragens des BSBD-Landesvorsitzenden. Seit September 2021 ist die neue Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt tätig. Auch in Blick auf den Justizvollzug haben wir

werden, wenn diese Erhöhung kommt, muss auch erneut die Justizvollzugszulage ansteigen.

Bei der personellen Ausstattung der Anstalten haben wir noch viel zu tun. Der Bedarf muss an das Justizvollzugskonzept angepasst werden. Es reicht nicht alleine das Bauliche, auch die personelle Situation muss passen. In der FDP-Fraktion des LSA haben wir für Sie immer ein offenes Ohr.

Frau Tschernich-Weiske – CDU:

Die rechtspolitische Sprecherin hat sich die Anstalten im Herbst letzten Jahres in Halle angesehen. Dieses Jahr stand Volkstedt auf dem Plan. Mit Augenmaß soll in den Anstalten Halle „Frohe Zukunft“ und in Volkstedt eine Erweiterung bis 2025 erfolgen. Wir wollen wissen, wie es den Strafvollzugsbediensteten vor Ort geht. Auch sie thematisierte die Justizvollzugszulage. Die Werbekampagnen zur Nachwuchsgegewinnung unterstütze ich ausdrücklich. Ich durfte mit zwei ihrer Kollegen eine Schule besuchen, wo für den Justizvollzug geworben wurde. Dabei konnte ich mir ein eigenes Bild des Berufsfeldes Strafvollzug verschaffen und habe selbst etwas dazugelernt. Uns ist es ein großes Bedürfnis, die Strafvollzugsbediensteten wertzuschätzen.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag viel vorgenommen. Ich bitte abschließend um regelmäßige Rückmeldung an uns, was Sie bewegt und was Ihnen fehlt.

Sebastian Striegel – Bündnis 90/Die Grünen:

Sebastian Striegel dankte für die Einladung. Er berichtete kurz vom Besuch in Volkstedt. Er bedankt sich bei den Bediensteten für den geleisteten Beitrag im Umgang mit der Pandemie. Auch seine Partei setzt auf die existierende Justizvollzugslandschaft. Bei uns gibt es grundsätzlich Fragezeichen, z. B. ist die Resozialisierung ein großes Thema. Wir nehmen die Häftlinge dazu in den Blick. Wir benötigen eine stärkere Ausrichtung im medizinischen Bereich, gerade im Hinblick auf die steigende Zahl der inhaftierten Suchtkranken.

Als Beispiel wird das „Pier 36 – Vollzug in freien Formen“ in Sachsen genannt. Auch die Ersatzfreiheitsstrafe wird kritisch angesprochen.

Das Bündnis 90 / Die Grünen beschäftigen sich derzeit mit der Möglichkeit eines individuellen Arbeitszeitmodells. An einigen Stellen kann da noch nachjustiert werden.

BSBD-Landesverband
Sachsen-Anhalt



Landesvorsitzender Mario Pinkert mit Staatssekretär Steffen Eckhold und Rechtsausschussmitglieder des Landtages.

des Berufes haben wir im Fokus. Am 20. Oktober 2022 haben wir beschlossen, rückwirkend ab 01. Juli 2022 die Justizvollzugszulage von 101,90 EURO auf 127,38 EURO anzuheben. Somit wird ein Ziel, nämlich „Justizvollzugszulage = Polizeizulage“ noch in diesem Jahr erreicht werden.

In 2022 konnten wir auch 25 Beamte auf Probe im AVD einstellen. Wir wissen, dass dies nicht immer die Abgänge vollständig abfangen kann.

Die Werbekampagne zur Fachkräftegewinnung wurde nochmals verbes-

uns einiges vorgenommen. Nachdem der „Superknast“ nicht auf den Weg gebracht werden konnte, haben wir uns dazu entschlossen, die Justizvollzugslandschaft zu erhalten. In Volkstedt und in der „Frohen Zukunft“ in Halle wird es Erweiterungsbauten geben. Wir sind optimistisch dies bis 2025 auch zu realisieren. Zum 1. Januar 2023 wird es eine „Gitterzulage“ um 20% geben. Zum 1. Juli 2022 rückwirkend wird diese an die Polizeizulage angepasst. Dies ist uns gelungen. Am 1. Januar 2023 soll auch die Polizeizulage um 20% angehoben

Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/dbb

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften eintauchen.